ALLGEMEINE GESCHÄFTSBEDINGUNGEN **– English follows German (p.10) –**
Manuela Palotay KG
Für Beratungs- und Dienstleistungen gegenüber Unternehmen (B2B)
Fassung: November 2026

1. Allgemeine Grundlagen / Geltungsbereich

1.1 Für sämtliche Rechtsgeschäfte zwischen der Manuela Palotay KG, nachfolgend „Auftragnehmerin", und ihren unternehmerischen Auftraggebern, nachfolgend „Auftraggeber", gelten diese Allgemeinen Geschäftsbedingungen (AGB). Sie gelten ausschließlich für Rechtsgeschäfte zwischen Unternehmern im Sinne des § 1 Unternehmensgesetzbuch (UGB) beziehungsweise entsprechend qualifizierten Unternehmern nach ausländischem Recht. Maßgeblich ist die bei Vertragsabschluss gültige Fassung.

1.2 Diese AGB gelten für sämtliche Leistungen der Auftragnehmerin, insbesondere Unternehmensberatung, Organisationsentwicklung, Change-Management, Eignungsdiagnostik mittels psychologischer Testverfahren, Potentialanalysen, Human-Factors-Beratung, arbeits- und organisationspsychologische Dienstleistungen, HR-Beratung, Personalvermittlung, Interim Management, Coaching, Supervision, Workshops, Trainings sowie damit verbundene Analyse-, Diagnose- und Entwicklungsleistungen.

1.3 Diese AGB gelten auch für künftige Vertragsbeziehungen zwischen den Vertragsparteien, somit auch dann, wenn bei Zusatzverträgen darauf nicht ausdrücklich hingewiesen wird.

1.4 Individuell vereinbarte Bestimmungen in Angeboten, Projektverträgen oder sonstigen ausdrücklich akzeptierten Vertragsdokumenten gehen diesen AGB vor. Im Übrigen bleiben die AGB unverändert anwendbar.

1.5 Entgegenstehende oder ergänzende Allgemeine Geschäftsbedingungen des Auftraggebers sind ungültig, es sei denn, diese werden von der Auftragnehmerin ausdrücklich schriftlich anerkannt. Die bloße Entgegennahme einer Bestellung oder die Erbringung von Leistungen gilt nicht als Zustimmung zu fremden AGB.

1.6 Sollten einzelne Bestimmungen dieser AGB unwirksam oder undurchführbar sein oder werden, bleibt die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen und der unter ihrer Zugrundelegung geschlossenen Verträge unberührt. Die unwirksame ist durch eine wirksame Bestimmung, die ihr dem Sinn und wirtschaftlichen Zweck nach am nächsten kommt, zu ersetzen.

2. Umfang des Auftrags / Leistungserbringung / Stellvertretung

2.1 Der Umfang eines konkreten Beratungsauftrages wird im Einzelfall vertraglich vereinbart.

2.2 Die Auftragnehmerin erbringt ihre Leistungen nach anerkannten fachlichen Standards und mit der gebotenen beruflichen Sorgfalt.

2.3 Die Auftragnehmerin ist berechtigt, die ihr obliegenden Aufgaben ganz oder teilweise durch Dritte erbringen zu lassen. Die Bezahlung des Dritten erfolgt ausschließlich durch die Auftragnehmerin selbst. Es entsteht kein wie immer geartetes direktes Vertragsverhältnis zwischen dem Dritten und dem Auftraggeber. Die Auftragnehmerin verpflichtet beigezogene Dritte vertraglich zur Verschwiegenheit und zur Einhaltung des Datenschutzes. Soweit sie als Auftragsverarbeiterin tätig ist, setzt sie weitere Auftragsverarbeiter nur nach Maßgabe von Art. 28 Abs. 2 und 4 DSGVO ein.

2.4 Der Auftraggeber verpflichtet sich, während der Dauer des Vertragsverhältnisses sowie für einen Zeitraum von zwölf Monaten nach dessen Beendigung keine unmittelbaren Geschäftsbeziehungen zu Personen einzugehen, die von der Auftragnehmerin im Rahmen des konkreten Projekts tatsächlich zur Leistungserbringung eingesetzt wurden, sofern diese Geschäftsbeziehungen die Erbringung gleicher oder gleichartiger Leistungen zum Gegenstand haben, wie sie von der Auftragnehmerin im Rahmen des Projekts erbracht wurden.
Ausgenommen sind Geschäftsbeziehungen, die zwischen dem Auftraggeber und den betreffenden Personen bereits vor Beginn des jeweiligen Projekts bestanden haben.

2.5 Die Verantwortung für unternehmerische Entscheidungen, die Umsetzung von Empfehlungen sowie die Einhaltung der den Auftraggeber treffenden gesetzlichen und betrieblichen Pflichten verbleibt beim Auftraggeber, soweit nicht ausdrücklich etwas anderes vereinbart wurde.
Soweit nicht ausdrücklich ein bestimmter Erfolg als vertraglich geschuldeter Leistungsgegenstand vereinbart wurde, schuldet die Auftragnehmerin eine fachgerechte Leistungserbringung, jedoch keinen bestimmten wirtschaftlichen oder organisatorischen Erfolg; die Umsetzung der Empfehlungen liegt beim Auftraggeber. Insbesondere können konkrete Verbesserungen der Produktivität, Fehlerquoten, Unternehmenskultur, Mitarbeiterbindung oder anderer betrieblicher Kennzahlen nicht gewährleistet werden. Gesetzliche Verantwortlichkeiten der Auftragnehmerin bleiben unberührt.

3. Mitwirkungspflichten des Auftraggebers

3.1 Der Auftraggeber sorgt dafür, dass die organisatorischen Rahmenbedingungen bei Erfüllung des Beratungsauftrages an seinem Geschäftssitz ein möglichst ungestörtes, dem raschen Fortgang des Beratungsprozesses förderliches Arbeiten erlauben.

3.2 Der Auftraggeber stellt sämtliche zur Auftragserfüllung erforderlichen Informationen, Unterlagen, Daten und betrieblichen Auskünfte rechtzeitig, vollständig und nach bestem Wissen richtig zur Verfügung. Der Auftraggeber wird der Auftragnehmerin auch auch ohne besondere Aufforderung über vorher durchgeführte und/oder laufende Beratungen – auch auf anderen Fachgebieten – umfassend informieren. Der Auftraggeber sorgt dafür, dass der Auftragnehmerin auch ohne dessen besondere Aufforderung alle für die Erfüllung und Ausführung des Beratungsauftrages notwendigen Unterlagen zeitgerecht vorgelegt werden und ihr von allen Vorgängen und Umständen Kenntnis gegeben wird, die für die Ausführung des Beratungsauftrages von Bedeutung sind. Dies gilt auch für alle Unterlagen, Vorgänge und Umstände, die erst während der Tätigkeit der Auftragnehmerin bekannt werden.

3.3 Dies umfasst, soweit für den jeweiligen Auftrag erforderlich, insbesondere:

- Zugang zu relevanten Daten, Dokumentationen und betrieblichen Informationen;
- Verfügbarkeit geeigneter Ansprechpartner und Interviewpartner;
- Organisation vereinbarter Interviews, Workshops und Beobachtungstermine;
- Ermöglichung des vereinbarten Zugangs zu Betriebsstätten und Arbeitsbereichen;
- rechtzeitige Information der betroffenen Mitarbeitenden und gegebenenfalls zuständiger Arbeitnehmervertretungen (Der Auftraggeber ist dafür verantwortlich, allenfalls erforderliche Zustimmungen der Arbeitnehmervertretung bzw. Betriebsvereinbarungen vorab einzuholen);
- Bereitstellung notwendiger Arbeitsmittel, Sicherheitsunterweisungen und organisatorischer Voraussetzungen.

3.4 Verzögerungen oder zusätzliche Aufwendungen, die durch eine nicht rechtzeitige oder unvollständige Erfüllung der vereinbarten Mitwirkungspflichten entstehen, berechtigen die Auftragnehmerin zu einer angemessenen Anpassung betroffener Termine und Leistungsfristen. Nachweisbarer zusätzlicher Aufwand kann

nach vorheriger Information und auf Grundlage der vereinbarten Vergütung gesondert verrechnet werden, soweit die Verzögerung auf Umstände aus der Sphäre des Auftraggebers zurückgeht.

3.5 Die Auftragnehmerin ist berechtigt, bei wesentlichen, trotz entsprechender Aufforderung nicht erfüllten Mitwirkungspflichten die betroffenen Leistungen bis zur Herstellung geeigneter Voraussetzungen auszusetzen. Gesetzliche und vertragliche Ansprüche bleiben unberührt.

4. Sicherung der Unabhängigkeit

4.1 Die Vertragsparteien verpflichten sich zu gegenseitiger Loyalität und zu einer Zusammenarbeit, die die fachliche Unabhängigkeit der Auftragnehmerin wahrt.

4.2 Die Auftragnehmerin führt die vereinbarten Leistungen eigenverantwortlich und grundsätzlich weisungsfrei hinsichtlich der fachlichen Durchführung aus und ist an keinen bestimmten Arbeitsort und keine bestimmte Arbeitszeit gebunden, soweit nicht Termine vereinbart sind. Betriebliche Sicherheitsvorschriften und projektbezogene organisatorische Abstimmungen bleiben davon unberührt.

4.3 Die Vertragsparteien verpflichten sich, keine Maßnahmen zu setzen, welche die fachliche Unabhängigkeit oder die Erfüllung vertraglicher Verpflichtungen beeinträchtigen.

5. Berichterstattung / Leistungsergebnisse

5.1 Die Auftragnehmerin informiert den Auftraggeber entsprechend den vertraglichen Vereinbarungen und dem Projektfortschritt über die Erbringung der vereinbarten Leistungen.

5.2 Form, Umfang und Zeitpunkt von Berichten, Analysen, Empfehlungen, Präsentationen und sonstigen Arbeitsergebnissen richten sich nach der jeweiligen vertraglichen Vereinbarung.

5.3 Sofern ein schriftlicher Abschlussbericht vereinbart wurde und kein anderer Termin festgelegt ist, wird dieser grundsätzlich innerhalb von vier bis sechs Wochen nach Abschluss der relevanten Leistungen zur Verfügung gestellt, sofern die hierfür erforderlichen Informationen vorliegen.

5.4 Die fachliche Bewertung und Ableitung von Empfehlungen erfolgen unabhängig nach Maßgabe der vereinbarten Aufgabenstellung und der verfügbaren Informationen.

6. Schutz des geistigen Eigentums / Nutzungsrechte

6.1 Die Urheberrechte und sonstigen Schutzrechte an den von der Auftragnehmerin erstellten oder eingebrachten Werken und Materialien verbleiben beim jeweiligen Rechteinhaber. Dies umfasst insbesondere Anbote, Berichte, Analysen, Gutachten, Organisationspläne, Programme, Leistungsbeschreibungen, Entwürfe, Berechnungen, Zeichnungen, Konzepte, Methoden, Modelle, Präsentationen, Trainingsunterlagen, Simulationen, Übungen, Vorlagen und sonstige entwickelte Materialien. Für Schäden aus einer nicht vom Nutzungsrecht gedeckten oder sonst rechtswidrigen Verwendung der Arbeitsergebnisse durch den Auftraggeber, einschließlich Verletzungen datenschutzrechtlicher oder vertraglicher Vertraulichkeitspflichten, haftet die Auftragnehmerin nicht. Der Auftraggeber hält sie diesbezüglich schad- und klaglos.

6.2 Bereits vor Vertragsabschluss vorhandene oder unabhängig vom jeweiligen Auftrag entwickelte Methoden, Konzepte, Instrumente und Materialien bleiben Eigentum beziehungsweise geistiges Eigentum der

Auftragnehmerin oder der jeweiligen Rechteinhaber. An lizenzierten psychologischen Testverfahren Dritter (Testverlage) erhält der Auftraggeber keine Rechte.

6.3 Der Auftraggeber erhält, soweit keine andere Vereinbarung getroffen wird und vorbehaltlich der vollständigen Bezahlung der vereinbarten Vergütung, ein einfaches, nicht ausschließliches, nicht übertragbares Nutzungsrecht an den überlassenen Arbeitsergebnissen, für die im Vertrag vereinbarten, eigenen betrieblichen Zwecke.

6.4 Eine darüberhinausgehende Nutzung, insbesondere die Weitergabe an andere rechtlich selbstständige Konzernunternehmen, externe Dritte, die kommerzielle Verwertung oder die Nutzung zur eigenständigen Durchführung von Trainings oder Beratungsleistungen, bedarf einer gesonderten Vereinbarung.

6.5 Die Vervielfältigung und interne Weitergabe im Rahmen des ausdrücklich eingeräumten Nutzungsrechts sind zulässig. Eine darüberhinausgehende Veröffentlichung, Bearbeitung, Verbreitung oder Weiterlizenzierung bedarf der vorherigen Zustimmung der Auftragnehmerin, soweit gesetzlich zulässig.

6.6 Eine unberechtigte Nutzung oder Weitergabe berechtigt die Auftragnehmerin zur Geltendmachung gesetzlicher Unterlassungs-, Schadenersatz- und sonstiger Ansprüche sowie bei Vorliegen eines wichtigen Grundes zur vorzeitigen Vertragsbeendigung.

6.7 Rechte an vom Auftraggeber bereitgestellten Daten, Unterlagen und sonstigen geschützten Inhalten verbleiben beim Auftraggeber beziehungsweise beim jeweiligen Rechteinhaber. Die Auftragnehmerin darf diese im zur Vertragserfüllung erforderlichen Umfang verwenden.

7. Gewährleistung

7.1 Für Leistungen, die der gesetzlichen Gewährleistung unterliegen, gelten die gesetzlichen Bestimmungen, soweit nachstehend nicht wirksam Abweichendes vereinbart wird.

7.2 Die Auftragnehmerin ist ohne Rücksicht auf ein Verschulden berechtigt und verpflichtet, bekanntwerdende Mängel im Rahmen der gesetzlichen Gewährleistung an ihrer Leistung zu beheben. Der Auftraggeber wird hievon unverzüglich in Kenntnis gesetzt.

7.3 Dieser Anspruch des Auftraggebers erlischt nach sechs Monaten nach Erbringen der jeweiligen Leistung.

8. Haftung / Schadenersatz

8.1 Die Auftragnehmerin haftet dem Auftraggeber für Schäden, ausgenommen Personenschäden, nur im Falle groben Verschuldens (Vorsatz oder grober Fahrlässigkeit). Dies gilt sinngemäß auch für Schäden, die auf von der Auftragnehmerin beigezogene Dritte zurückgehen.
Die Haftung der Auftragnehmerin für durch grobe Fahrlässigkeit verursachte Schäden ist der Höhe nach mit dem Nettoauftragswert des jeweiligen Auftrags begrenzt. Diese Haftungsbegrenzung gilt nicht bei Vorsatz, grober Fahrlässigkeit, Personenschäden oder soweit eine Haftungsbeschränkung gesetzlich unzulässig ist.

8.2 Schadenersatzansprüche des Auftraggebers können nur innerhalb von sechs Monaten ab Kenntnis von Schaden und Schädiger, spätestens jedoch innerhalb von drei Jahren nach dem anspruchsbegründenden Ereignis gerichtlich geltend gemacht werden.

8.3 Der Auftraggeber hat jeweils den Beweis zu erbringen, dass der Schaden auf ein Verschulden der Auftragnehmerin zurückzuführen ist.

8.4 Die fachlichen Einschätzungen der Auftragnehmerin beruhen auf den im Rahmen des vereinbarten Auftrags verfügbaren Informationen. Die Auftragnehmerin übernimmt keine Gewähr für die Richtigkeit oder Vollständigkeit von durch den Auftraggeber oder Dritte bereitgestellten Daten und Informationen, sofern deren Überprüfung nicht ausdrücklich zum Leistungsumfang gehört. Gesetzliche Prüf-, Warn- und Sorgfaltspflichten bleiben unberührt.

9. Geheimhaltung / Datenschutz

9.1 Die Auftragnehmerin verpflichtet sich, über vertrauliche geschäftliche, technische, organisatorische und personenbezogene Informationen, die ihr im Zusammenhang mit der Auftragserfüllung zugänglich werden, Stillschweigen zu bewahren.

9.2 Diese Verpflichtung umfasst insbesondere Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse, interne Unternehmensinformationen, Mitarbeiterdaten, Interviewinhalte, Analyseergebnisse und vertrauliche Projektdokumentationen.

9.3 Die Verschwiegenheitspflicht gilt nicht für Informationen, die rechtmäßig öffentlich bekannt sind, dem Empfänger bereits rechtmäßig bekannt waren, unabhängig entwickelt wurden oder aufgrund einer gesetzlichen Verpflichtung beziehungsweise behördlichen oder gerichtlichen Anordnung offengelegt werden müssen. Gesetzliche berufliche Verschwiegenheitspflichten bleiben unberührt.

9.4 Die Auftragnehmerin darf vertrauliche Informationen den zur Vertragserfüllung erforderlichen Personen zugänglich machen, sofern diese entsprechend zur Vertraulichkeit verpflichtet sind und eine allfällig erforderliche datenschutzrechtliche Rechtsgrundlage beziehungsweise Genehmigung vorliegt.

9.5 Die Vertraulichkeitsverpflichtung besteht auch nach Beendigung des Vertragsverhältnisses fort, solange ein berechtigtes Geheimhaltungsinteresse besteht oder eine gesetzliche Verschwiegenheitspflicht gilt.

9.6 Beide Vertragsparteien verpflichten sich zur Einhaltung der jeweils anwendbaren datenschutzrechtlichen Bestimmungen, insbesondere der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO).

9.7 Die datenschutzrechtliche Rollenverteilung richtet sich nach Art und tatsächlicher Durchführung der jeweiligen Datenverarbeitung. Abhängig vom konkreten Auftrag können die Vertragsparteien eigenständig Verantwortliche, gemeinsam Verantwortliche oder Verantwortlicher und Auftragsverarbeiter sein.

9.8 Soweit die Auftragnehmerin personenbezogene Daten als Auftragsverarbeiterin im Sinne des Art. 4 Z 8 DSGVO im Auftrag des Auftraggebers verarbeitet, ist vor Beginn der betreffenden Verarbeitung eine Vereinbarung gemäß Art. 28 DSGVO abzuschließen. Der Auftraggeber ist für die rechtzeitige Bereitstellung eines geeigneten Vertragsentwurfs sowie der für dessen Erstellung notwendigen Angaben verantwortlich. Die Auftragnehmerin wird an der ordnungsgemäßen vertraglichen Regelung mitwirken. Die gesetzlichen Verpflichtungen beider Vertragsparteien bleiben unberührt.

9.9 Soweit der Auftraggeber als Verantwortlicher handelt, obliegt ihm die Sicherstellung einer geeigneten Rechtsgrundlage für die durch ihn veranlasste Datenverarbeitung, die Erfüllung seiner Informationspflichten

sowie die Einhaltung sonstiger ihn treffender datenschutzrechtlicher Verpflichtungen. Der Auftraggeber leistet der Auftragnehmerin Gewähr, dass hierfür sämtliche erforderlichen Maßnahmen insbesondere jene im Sinne des Datenschutzgesetzes, getroffen worden sind. Die Auftragnehmerin bleibt für jene Verarbeitungsvorgänge verantwortlich, für die sie selbst datenschutzrechtlich Verantwortliche ist.

9.10 Die Verwendung personenbezogener Daten für andere als die vereinbarten Zwecke bedarf einer entsprechenden Rechtsgrundlage. Eine Übermittlung personenbezogener Informationen an nicht berechtigte Dritte ist unzulässig.

9.11 Bei personenbezogenen Interviews, arbeitspsychologischen Analysen und vergleichbaren Leistungen werden Umfang, Verwendungszweck, Empfängerkreis und erforderlichenfalls Vertraulichkeits- und Auswertungsregeln im jeweiligen Auftrag festgelegt. Eine personenbezogene Berichterstattung erfolgt nur, soweit sie datenschutzrechtlich zulässig und vom vereinbarten Leistungsumfang umfasst ist.
An den Auftraggeber werden ausschließlich die vertraglich vereinbarten Ergebnisse übermittelt. Eine Weitergabe von Rohdaten, insbesondere aus psychologischen Tests, Interviews oder Analysen, erfolgt nicht.

9.12 Gesonderte gesetzliche Verschwiegenheitspflichten, insbesondere aus einschlägigen berufsrechtlichen Bestimmungen, bleiben unberührt.

10. Honorar / Rechnungslegung / Zahlungsbedingungen

10.1 Das Honorar richtet sich nach der jeweiligen vertraglichen Vereinbarung. Vergütungsmodelle können insbesondere Projektpauschalen, Tages- oder Stundensätze, laufende Beratungshonorare oder ausdrücklich vereinbarte erfolgsabhängige Vergütungen umfassen.

10.2 Die Auftragnehmerin ist berechtigt, entsprechend den vertraglichen Vereinbarungen Zwischenrechnungen oder Akontorechnungen zu legen. Die Abrechnung größerer Projekte erfolgt gemäß dem jeweiligen Angebot beziehungsweise Projektvertrag.

10.3 Der Auftraggeber gibt bei Auftragserteilung seinen vollständigen Firmenwortlaut, seine Anschrift, seine UID-Nummer sowie seine Firmenbuchnummer bekannt und teilt Änderungen umgehend mit. Er haftet für Nachteile aus unrichtigen Angaben.

10.4 Rechnungen sind innerhalb von 14 Kalendertagen ab Zugang der Rechnung ohne Abzug zur Zahlung fällig, sofern keine andere Zahlungsfrist vereinbart wurde.

10.5 Sämtliche vereinbarten Honorare verstehen sich, soweit nicht ausdrücklich anders angegeben, zuzüglich einer gegebenenfalls gesetzlich geschuldeten Umsatzsteuer.

10.6 Reisekosten, Reisezeiten, Übernachtungen, Spesen und sonstige projektbezogene Nebenkosten werden entsprechend den im jeweiligen Angebot vereinbarten Bedingungen verrechnet. Anfallende Barauslagen, Spesen, Reisekosten, etc. sind gegen Rechnungslegung der Auftragnehmerin vom Auftraggeber zusätzlich zu ersetzen.

10.7 Bei Zahlungsverzug werden eine Pauschale von € 50,- sowie der Kostenersatz für zweckentsprechende Mahn- und Inkassokosten geltend gemacht.

10.8 Ist der Auftraggeber mit einer Zahlung, auch einer Zwischen- oder Akontorechnung, länger als 14 Tage in

Verzug, ist die Auftragnehmerin nach Mahnung berechtigt, weitere Leistungen bis zum Zahlungseingang auszusetzen.

10.9 Unterbleibt die Ausführung der vereinbarten Leistungen aus Gründen, die auf Seiten des Auftraggebers liegen, oder aufgrund einer berechtigten vorzeitigen Vertragsbeendigung durch die Auftragnehmerin, so behält die Auftragnehmerin den Anspruch auf Zahlung des gesamten vereinbarten Honorars abzüglich ersparter Aufwendungen. Im Falle der Vereinbarung eines Stundenhonorars ist das Honorar für jene Stundenanzahl, die für das gesamte vereinbarte Werk zu erwarten gewesen ist, abzüglich der ersparten Aufwendungen zu leisten. Die ersparten Aufwendungen sind mit 30 Prozent des Honorars für jene Leistungen, die der Auftragnehmerin bis zum Tage der Beendigung des Vertragsverhältnisses noch nicht erbracht hat, pauschaliert vereinbart.

11. Terminverschiebung / Stornierung

11.1 Vereinbarte Vor-Ort-Termine, Workshops, Trainings und sonstige gesondert reservierte Leistungstermine sind verbindlich.

11.2 Terminverschiebungen und Stornierungen sind der Auftragnehmerin unverzüglich in Textform mitzuteilen.

11.3 Sofern im jeweiligen Angebot nichts anderes vereinbart ist, gelten bei einer vom Auftraggeber veranlassten Stornierung eines verbindlich reservierten Einzeltermins folgende Stornopauschalen, bezogen auf das für den abgesagten Termin vereinbarte Leistungshonorar einschließlich einer vereinbarten Reisezeitvergütung:

- Mehr als 19 Kalendertage vor dem Termin: keine Stornopauschale.
- 19 bis 14 Kalendertage vor dem Termin: 25 Prozent.
- 13 bis 7 Kalendertage vor dem Termin: 50 Prozent.
- 6 bis 2 Kalendertage vor dem Termin: 75 Prozent.
- Weniger als 48 Stunden vor dem Termin oder bei Nichterscheinen: 100 Prozent.

11.4 Bereits angefallene, nicht erstattungsfähige und nach der Vereinbarung vom Auftraggeber zu tragende Reisekosten und sonstige Auslagen können zusätzlich verrechnet werden.

11.5 Die Stornopauschalen berücksichtigen insbesondere die kurzfristige Nichtverwertbarkeit reservierter Kapazitäten und organisatorische Vorleistungen.

11.6 Bei einer einvernehmlichen Terminverschiebung kann von Stornopauschalen ganz oder teilweise abgesehen werden.

11.7 Bei einer vorzeitigen Beendigung oder einem vollständigen Abbruch des gesamten Projekts gelten die Bestimmungen über Honorar und Vertragsbeendigung. Eine doppelte Verrechnung desselben Ausfalls ist ausgeschlossen.

12. Besondere Bestimmungen zur Personalvermittlung

12.1 Bei Aufträgen zur Personalvermittlung übernimmt die Auftragnehmerin die vertraglich vereinbarten Such-, Auswahl-, Beratungs- und Vermittlungsleistungen.

12.2 Der konkrete Leistungsumfang, das Vermittlungshonorar, die Voraussetzungen für dessen Entstehung und Fälligkeit sowie gegebenenfalls vereinbarte Ersatzbesetzungsregelungen werden im jeweiligen Angebot beziehungsweise Vermittlungsvertrag festgelegt.

12.3 Sofern nichts anderes vereinbart wurde, schuldet die Auftragnehmerin eine fachgerechte Erbringung der

vereinbarten Vermittlungsleistungen, jedoch nicht die erfolgreiche Besetzung einer bestimmten Position oder eine bestimmte Dauer des späteren Beschäftigungsverhältnisses.

12.4 Die Entscheidung über die Einstellung und die Gestaltung des Beschäftigungsverhältnisses liegt ausschließlich beim Auftraggeber. Die Auftragnehmerin ist nicht Vertragspartei eines zwischen dem Auftraggeber und einem vermittelten Kandidaten begründeten Beschäftigungsverhältnisses.

12.5 Der Auftraggeber verpflichtet sich, ihm übermittelte Bewerberdaten ausschließlich für die vereinbarten, datenschutzrechtlich zulässigen Zwecke zu verwenden und nicht ohne entsprechende rechtliche Grundlage an Dritte weiterzugeben.

12.6 Stellt der Auftraggeber oder ein mit ihm verbundenes Unternehmen eine von der Auftragnehmerin vorgestellte Person innerhalb von 12 Monaten nach Vorstellung ein, entsteht der Anspruch auf das Vermittlungshonorar, auch ohne weitere Mitwirkung der Auftragnehmerin.

13. Elektronische Rechnungslegung / Kommunikation

13.1 Die Auftragnehmerin ist berechtigt, dem Auftraggeber Rechnungen auf in elektronischer Form zu übermitteln. Die Auftraggeberin erklärt sich mit der Zusendung von Rechnungen in elektronischer Form durch die Auftragnehmerin ausdrücklich einverstanden.

13.2 Vertragsbezogene Mitteilungen, einschließlich Angebote, Annahmeerklärungen, Terminvereinbarungen und sonstiger Erklärungen, können in Textform, insbesondere per E-Mail, erfolgen, soweit keine strengere Form gesetzlich vorgeschrieben oder individuell vereinbart ist.

13.3 Für Vertragsänderungen und wesentliche abweichende Vereinbarungen ist zumindest eine dokumentierte Erklärung in Textform erforderlich, soweit gesetzlich zulässig.

14. Dauer des Vertrags / Vorzeitige Beendigung

14.1 Projektbezogene Vertragsverhältnisse enden grundsätzlich mit der vollständigen Erbringung der vereinbarten Leistungen, sofern keine andere Regelung getroffen wurde. Bereits entstandene Zahlungsansprüche sowie ihrer Natur nach fortgeltende Verpflichtungen bleiben bestehen.

14.2 Laufende Beratungs- und Dienstleistungsverhältnisse können unter Einhaltung der individuell vereinbarten Kündigungsfristen beendet werden. Fehlt eine solche Vereinbarung, können Dauervertragsverhältnisse sowohl vom Auftraggeber als auch von der Aufragnehmerin unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von einem Monat zum Monatsende beendet werden.

14.3 Beide Vertragsparteien sind berechtigt, das Vertragsverhältnis aus wichtigem Grund ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist vorzeitig aufzulösen.

14.4 Ein wichtiger Grund liegt insbesondere vor, wenn:

- eine Vertragspartei wesentliche vertragliche Pflichten verletzt und die Pflichtverletzung trotz angemessener Nachfrist nicht behebt;
- die weitere Vertragserfüllung aufgrund schwerwiegender Umstände unzumutbar wird;
- eine Vertragspartei ihren fälligen Zahlungsverpflichtungen trotz angemessener Nachfrist nicht nachkommt;
- die Erfüllung des Auftrags aufgrund zwingender rechtlicher Anforderungen unzulässig wird.
- Wenn eine Vertragspartei nach Eröffnung eines Insolvenzverfahrens in Zahlungsverzug gerät, oder
- Wenn berechtigte Bedenken hinsichtlich Bonität einer Vertragspartei, über die kein Insolvenzverfahren eröffnet ist, bestehen und diese auf Begehren der Auftragnehmerin weder Vorauszahlungen leistet noch vor Leistung der Auftragnehmerin eine taugliche Sicherheit leistet und die schlechten Vermögensverhältnisse der anderen Vertragspartei bei Vertragsabschluss nicht bekannt waren.

14.5 Bereits erbrachte Leistungen und entstandene vertragliche Zahlungsansprüche sind bei Vertragsbeendigung abzurechnen. Für noch nicht erbrachte Leistungen gilt die Regelung gemäß Punkt 10.9, soweit deren Voraussetzungen erfüllt sind.

15. Schlussbestimmungen / Anwendbares Recht / Gerichtsstand

15.1 Die Vertragsparteien verpflichten sich, alle Angaben im Vertrag gewissenhaft und wahrheitsgetreu gemacht zu haben und verpflichten sich, allfällige Änderungen wechselseitig umgehend bekannt zu geben.

15.2 Änderungen und Ergänzungen des Vertrags und dieser AGB bedürfen der Schriftform, ebenso ein Abgehen dieses Formerfordernisses. Mündliche Nebenabreden bestehen nicht.

15.3 Auf sämtliche Vertragsbeziehungen zwischen der Auftragnehmerin und dem Auftraggeber findet materielles österreichisches Recht unter Ausschluss der Verweisungsnormen des internationalen Privatrechts sowie des UN-Kaufrechts Anwendung.

15.4 Erfüllungsort ist, soweit rechtlich zulässig und vertraglich nichts anderes vereinbart ist, der Unternehmenssitz der Auftragnehmerin in Wiener Neustadt, Österreich.

15.5 Auf diesen Vertrag ist materielles österreichisches Recht unter Ausschluss der Verweisungsnormen des internationalen Privatrechts sowie des UN-Kaufrechts anwendbar. Erfüllungsort ist der Ort der beruflichen Niederlassung der Auftragnehmerin. Für Streitigkeiten ist das Gericht am Unternehmensort der Auftragnehmerin zuständig.
Die Vertragsparteien werden sich bemühen, Meinungsverschiedenheiten zunächst im direkten Gespräch beizulegen. Gelingt das nicht, können sie einvernehmlich eine Mediation durch eingetragene Mediator: innen (ZivMediatG) vereinbaren, auf Wunsch auch online oder in englischer Sprache. Eine Verpflichtung zur außergerichtlichen Streitbeilegung als Voraussetzung gerichtlicher Schritte besteht nicht.
Die gerichtliche Geltendmachung von Honorar- und sonstigen Zahlungsansprüchen sowie Anträge auf einstweilige Verfügungen bleiben jedenfalls unberührt.

15.6 Werden diese AGB in mehreren Sprachen bereitgestellt, ist im Fall von Auslegungsunterschieden die deutsche Fassung maßgeblich, sofern die Vertragsparteien nicht ausdrücklich schriftlich etwas anderes vereinbaren.

GENERAL TERMS AND CONDITIONS
Manuela Palotay KG
For consulting and other services provided to businesses (B2B)
Version: November 2026

1. General Provisions / Scope of Application

1.1 These General Terms and Conditions (GTC) apply to all legal transactions between Manuela Palotay KG, hereinafter referred to as the "Contractor", and its business clients, hereinafter referred to as the "Client". They apply exclusively to legal transactions between businesses within the meaning of Section 1 of the Austrian Commercial Code (Unternehmensgesetzbuch – UGB) or businesses qualifying as such under foreign law. The version in force at the time the contract is concluded shall apply.

1.2 These GTC apply to all services provided by the Contractor, including, in particular, management consulting, organizational development, change management, aptitude assessment using psychometric tests, potential assessments, human factors consulting, work and industrial psychology services, HR consulting, recruitment services, interim management, coaching, clinical supervision, workshops, training, and related analysis, diagnostic and development services.

1.3 These GTC also apply to future contractual relationships between the parties, including where no express reference is made to them in supplementary agreements.

1.4 Individually agreed provisions in proposals, project contracts or other expressly accepted contractual documents take precedence over these GTC. In all other respects, these GTC remain applicable without amendment.

1.5 Any conflicting or supplementary general terms and conditions of the Client shall have no effect unless expressly accepted in writing by the Contractor. The mere acceptance of an order or performance of services does not constitute acceptance of another party's general terms and conditions.

1.6 Should any provision of these GTC be or become invalid or unenforceable, this shall not affect the validity of the remaining provisions or of contracts concluded on the basis of these GTC. The invalid provision shall be replaced by a valid provision that most closely reflects its meaning and economic purpose.

2. Scope of the Engagement / Performance of Services / Use of Third Parties

2.1 The scope of a specific consulting engagement shall be agreed contractually on a case-by-case basis.

2.2 The Contractor shall perform its services in accordance with recognized professional standards and with due professional care.

2.3 The Contractor is entitled to have all or part of its tasks performed by third parties. Such third parties shall be paid exclusively by the Contractor. No direct contractual relationship of any kind shall arise between the third party and the Client. The Contractor shall contractually require any third parties engaged to maintain confidentiality and comply with data protection requirements. Where the Contractor acts as a processor, it shall engage other processors only in accordance with Article 28(2) and (4) of the GDPR.

2.4 During the contractual relationship and for a period of twelve months following its termination, the Client undertakes not to enter into direct business relationships with persons actually engaged by the Contractor to perform services within the specific project, where such business relationships concern the provision of services that are the same as or similar to those provided by the Contractor within the project.

Business relationships that already existed between the Client and the persons concerned before the start of the relevant project are excluded.

2.5 Responsibility for business decisions, the implementation of recommendations and compliance with the statutory and operational obligations applicable to the Client shall remain with the Client, unless expressly agreed otherwise.
Unless a specific outcome has expressly been agreed as a contractual deliverable, the Contractor shall be required to perform the services professionally but shall not be required to achieve any particular economic or organizational outcome; responsibility for implementing the recommendations rests with the Client. In particular, specific improvements in productivity, error rates, organizational culture, employee retention or other operational indicators cannot be guaranteed. The Contractor's statutory responsibilities remain unaffected.

3. Client's Obligations to Cooperate

3.1 The Client shall ensure that the organizational conditions at its business premises allow the consulting engagement to be performed with as little disruption as possible and facilitate the timely progress of the consulting process.

3.2 The Client shall provide all information, documents, data and operational details required for the performance of the engagement in a timely and complete manner and, to the best of its knowledge, accurately. The Client shall also comprehensively inform the Contractor, without being specifically requested to do so, of any previous and/or ongoing consulting engagements, including those in other specialist fields. The Client shall ensure that, without any specific request from the Contractor, all documents necessary for the fulfilment and performance of the consulting engagement are provided in a timely manner and that the Contractor is informed of all events and circumstances relevant to its performance. This also applies to any documents, events and circumstances that become known only during the Contractor's work.

3.3 To the extent required for the respective engagement, this includes, in particular:

- Access to relevant data, documentation and operational information.
- Availability of suitable contact persons and interviewees.
- Organization of agreed interviews, workshops and observation sessions.
- Facilitation of agreed access to operational sites and work areas.
- Timely information of the employees concerned and, where applicable, the relevant employee representatives (the Client is responsible for obtaining in advance any necessary consent from employee representatives or concluding any necessary works agreements).
- Provision of necessary work equipment, safety briefings and organizational arrangements.

3.4 Delays or additional work resulting from late or incomplete fulfilment of the agreed obligations to cooperate entitle the Contractor to reasonably adjust the affected dates and performance deadlines. Demonstrable additional work may be charged separately, following prior notification and on the basis of the agreed remuneration, insofar as the delay results from circumstances within the Client's sphere of responsibility.

3.5 In the event of material failures to fulfil obligations to cooperate despite an appropriate request, the Contractor is entitled to suspend the affected services until suitable conditions have been established. Statutory and contractual claims remain unaffected.

4. Safeguarding Independence

4.1 The parties undertake to act loyally towards each other and to cooperate in a manner that preserves the Contractor's professional independence.

4.2 The Contractor shall perform the agreed services on its own responsibility and, as a general rule, independently of instructions concerning their professional execution. The Contractor shall not be bound to a specific place of work or specific working hours, except where appointments have been agreed. Operational safety requirements and project-related organizational coordination remain unaffected.

4.3 The parties undertake not to take any action that would compromise their professional independence or the fulfilment of their contractual obligations.

5. Reporting / Work Results

5.1 The Contractor shall inform the Client about the performance of the agreed services in accordance with the contractual arrangements and the progress of the project.

5.2 The form, scope and timing of reports, analyses, recommendations, presentations and other work results shall be governed by the respective contractual agreement.

5.3 Where a written final report has been agreed and no other deadline has been specified, it shall generally be provided within four to six weeks after completion of the relevant services, provided that the necessary information is available.

5.4 Professional assessments and the formulation of recommendations shall be carried out independently, in accordance with the agreed assignment and the available information.

6. Protection of Intellectual Property / Rights of Use

6.1 Copyright and other intellectual property rights in works and materials created or contributed by the Contractor shall remain with the respective rights holder. These include, in particular, proposals, reports, analyses, expert opinions, organizational plans, programmes, service specifications, drafts, calculations, drawings, concepts, methods, models, presentations, training materials, simulations, exercises, templates and other materials developed. The Contractor shall not be liable for damage arising from the Client's use of the work results outside the granted rights of use or in any other unlawful manner, including breaches of data protection obligations or contractual confidentiality obligations. The Client shall indemnify and hold the Contractor harmless in this respect.

6.2 Methods, concepts, tools and materials existing before the conclusion of the contract or developed independently of the respective engagement shall remain the property or intellectual property of the Contractor or the respective rights holders. The Client shall acquire no rights in licensed psychological tests belonging to third parties (test publishers).

6.3 Unless otherwise agreed, and subject to full payment of the agreed remuneration, the Client shall receive a non-exclusive, non-transferable right to use the work results provided for its own internal business purposes as agreed in the contract.

6.4 Any use beyond this scope, including, in particular, disclosure to other legally independent group companies or external third parties, commercial exploitation, or use for the independent delivery of training or consulting services, requires a separate agreement.

6.5 Reproduction and internal distribution within the scope of the expressly granted right of use are permitted. Any publication, adaptation, distribution or sublicensing beyond this scope requires the Contractor's prior consent, to the extent permitted by law.

6.6 Unauthorized use or disclosure entitles the Contractor to pursue statutory claims for injunctive relief, damages and other remedies and, where good cause exists, to terminate the contract early.

6.7 Rights in data, documents and other protected content provided by the Client shall remain with the Client or the respective rights holder. The Contractor may use these to the extent necessary to perform the contract.

7. Warranty

7.1 Services subject to statutory warranty shall be governed by the statutory provisions, except where validly agreed otherwise below.

7.2 Regardless of fault, the Contractor is entitled and obliged to remedy any defects in its services that become known, within the scope of the statutory warranty. The Client shall be informed without undue delay.

7.3 This entitlement of the Client shall expire six months after the respective service has been performed.

8. Liability / Damages

8.1 The Contractor shall be liable to the Client for damage, other than personal injury, only in cases of intent or gross negligence. This shall also apply, as appropriate, to damage attributable to third parties engaged by the Contractor.
The Contractor's liability for damage caused by gross negligence shall be limited to the net contract value of the respective engagement. This limitation of liability shall not apply in cases of intent, gross negligence, personal injury or where a limitation of liability is prohibited by law.

8.2 Claims for damages by the Client may only be brought before a court within six months of the Client becoming aware of the damage and the party responsible, and in any event no later than three years after the event giving rise to the claim.

8.3 In each case, the Client shall bear the burden of proving that the damage is attributable to fault on the part of the Contractor.

8.4 The Contractor's professional assessments are based on the information available within the scope of the agreed engagement. The Contractor does not warrant the accuracy or completeness of data and information provided by the Client or third parties unless their verification is expressly included in the scope of services. Statutory duties to verify, warn and exercise due care remain unaffected.

9. Confidentiality / Data Protection

9.1 The Contractor undertakes to maintain confidentiality concerning confidential business, technical, organizational and personal information made available to it in connection with the performance of the engagement.

9.2 This obligation includes, in particular, trade and business secrets, internal company information, employee data, interview content, analysis results and confidential project documentation.

9.3 The confidentiality obligation shall not apply to information that is lawfully publicly available, was already lawfully known to the recipient, was independently developed, or must be disclosed pursuant to a statutory

obligation or an order issued by a public authority or court. Statutory professional duties of confidentiality remain unaffected.

9.4 The Contractor may make confidential information available to persons whose involvement is necessary for the performance of the contract, provided that they are subject to appropriate confidentiality obligations and that any necessary legal basis or authorization under data protection law is in place.

9.5 The confidentiality obligation shall continue after termination of the contractual relationship for as long as a legitimate interest in confidentiality exists or a statutory duty of confidentiality applies.

9.6 Both parties undertake to comply with the applicable data protection provisions, in particular the General Data Protection Regulation (GDPR).

9.7 The allocation of roles under data protection law shall depend on the nature and actual implementation of the respective data processing activities. Depending on the specific engagement, the parties may act as independent controllers, joint controllers, or controller and processor.

9.8 Where the Contractor processes personal data on behalf of the Client as a processor within the meaning of Article 4(8) of the GDPR, an agreement pursuant to Article 28 of the GDPR shall be concluded before the relevant processing begins. The Client is responsible for providing a suitable draft agreement and the information necessary for its preparation in a timely manner. The Contractor shall cooperate in establishing appropriate contractual arrangements. The statutory obligations of both parties remain unaffected.

9.9 Where the Client acts as controller, it is responsible for ensuring an appropriate legal basis for the data processing it initiates, fulfilling its information obligations and complying with any other data protection obligations applicable to it. The Client warrants to the Contractor that all necessary measures have been taken for these purposes, in particular those required under the Austrian Data Protection Act (Datenschutzgesetz). The Contractor remains responsible for processing activities for which it is itself the controller under data protection law.

9.10 The use of personal data for purposes other than those agreed requires an appropriate legal basis. The disclosure of personal information to unauthorized third parties is prohibited.

9.11 For interviews involving personal data, occupational psychology analyses and comparable services, the scope, purpose of use, recipients and, where necessary, confidentiality and analysis rules shall be specified in the respective engagement. Reporting that identifies individuals shall take place only insofar as it is permissible under data protection law and covered by the agreed scope of services.
Only the contractually agreed results shall be provided to the Client. Raw data, in particular from psychological tests, interviews or analyses, shall not be disclosed.

9.12 Separate statutory duties of confidentiality, in particular those arising from applicable professional regulations, remain unaffected.

10. Fees / Invoicing / Payment Terms

10.1 Fees shall be governed by the respective contractual agreement. Remuneration models may include, in particular, fixed project fees, daily or hourly rates, ongoing consulting fees or expressly agreed success-based remuneration.

10.2 The Contractor is entitled to issue interim invoices or advance payment invoices in accordance with the contractual arrangements. Larger projects shall be invoiced in accordance with the respective proposal or project contract.

10.3 When placing an order, the Client shall provide its full registered company name, address, VAT identification number and commercial register number, and shall promptly notify the Contractor of any changes. The Client shall be liable for any adverse consequences arising from incorrect information.

10.4 Unless a different payment period has been agreed, invoices are due for payment without deduction within 14 calendar days of receipt.

10.5 Unless expressly stated otherwise, all agreed fees are exclusive of any VAT payable by law.

10.6 Travel expenses, travel time, accommodation, expenses and other project-related incidental costs shall be charged in accordance with the terms agreed in the respective proposal. Any out-of-pocket expenses, expenses, travel costs, etc. incurred shall additionally be reimbursed by the Client upon invoicing by the Contractor.

10.7 In the event of late payment, a flat-rate amount of EUR 50 shall be claimed, together with reimbursement of reasonable reminder and debt collection costs.

10.8 If the Client is more than 14 days overdue with any payment, including an interim or advance payment invoice, the Contractor is entitled, after issuing a payment reminder, to suspend further services until payment is received.

10.9 If the agreed services are not performed for reasons attributable to the Client or as a result of justified early termination by the Contractor, the Contractor shall retain its entitlement to payment of the entire agreed fee less expenses saved. Where an hourly fee has been agreed, payment shall be due for the number of hours that would have been expected for the entire agreed work, less expenses saved. The parties agree that expenses saved shall be calculated at a flat rate of 30 per cent of the fee for those services that the Contractor has not yet performed as of the date of termination of the contractual relationship.

11. Rescheduling / Cancellation

11.1 Agreed on-site appointments, workshops, training sessions and other separately reserved service dates are binding.

11.2 The Contractor shall be notified of any rescheduling or cancellation without undue delay in text form.

11.3 Unless otherwise agreed in the respective proposal, the following cancellation charges shall apply where the Client cancels an individual appointment that has been firmly reserved. These charges shall be calculated on the basis of the service fee agreed for the cancelled appointment, including any agreed remuneration for travel time:

- More than 19 calendar days before the appointment: no cancellation charge.
- 19 to 14 calendar days before the appointment: 25 per cent.
- 13 to 7 calendar days before the appointment: 50 per cent.
- 6 to 2 calendar days before the appointment: 75 per cent.
- Less than 48 hours before the appointment or in the event of non-attendance: 100 per cent.

11.4 Non-refundable travel costs and other expenses already incurred and payable by the Client under the agreement may be charged additionally.

11.5 The cancellation charges take account, in particular, of the inability to reallocate reserved capacity at short notice and of preparatory organizational work.

11.6 Where an appointment is rescheduled by mutual agreement, cancellation charges may be waived in whole or in part.

11.7 In the event of early termination or complete discontinuation of the entire project, the provisions on fees and termination shall apply. The same loss shall not be charged twice.

12. Special Provisions for Recruitment Services

12.1 In recruitment engagements, the Contractor shall provide the contractually agreed search, selection, consulting and placement services.

12.2 The specific scope of services, the placement fee, the conditions under which entitlement to that fee arises and the date on which it becomes due, together with any agreed replacement arrangements, shall be specified in the respective proposal or recruitment agreement.

12.3 Unless otherwise agreed, the Contractor is obliged to perform the agreed recruitment services professionally but does not guarantee the successful filling of a particular position or any particular duration of the subsequent employment relationship.

12.4 The decision to hire and the terms of the employment relationship are exclusively the Client's responsibility. The Contractor is not a party to any employment relationship established between the Client and a candidate placed by the Contractor.

12.5 The Client undertakes to use candidate data provided to it solely for the agreed purposes permitted under data protection law and not to disclose such data to third parties without an appropriate legal basis.

12.6 If the Client or an affiliated company hires a person introduced by the Contractor within 12 months of that introduction, entitlement to the placement fee shall arise even without any further involvement by the Contractor.

13. Electronic Invoicing / Communication

13.1 The Contractor is entitled to send invoices to the Client electronically. The Client expressly agrees to receive invoices from the Contractor in electronic form.

13.2 Contract-related communications, including proposals, declarations of acceptance, scheduling arrangements and other declarations, may be made in text form, in particular by email, unless a stricter form is required by law or individually agreed.

13.3 Amendments to the contract and material agreements departing from its terms require at least a documented declaration in text form, to the extent permitted by law.

14. Duration of the Contract / Early Termination

14.1 Project-related contractual relationships shall generally end upon full performance of the agreed services, unless otherwise agreed. Payment claims that have already arisen and obligations that by their nature continue to apply shall remain in effect.

14.2 Ongoing consulting and service relationships may be terminated subject to the individually agreed notice periods. In the absence of such an agreement, either the Client or the Contractor may terminate continuing contractual relationships by giving one month's notice effective at the end of a calendar month.

14.3 Either party is entitled to terminate the contractual relationship early for good cause without observing a notice period.

14.4 Good cause shall exist, in particular, where:

- A party breaches material contractual obligations and fails to remedy the breach within a reasonable additional period;
- Serious circumstances make continued performance of the contract unreasonable;
- A party fails to meet its payment obligations when due despite being granted a reasonable additional period;
- Performance of the engagement becomes unlawful due to mandatory legal requirements;
- A party defaults on payment after insolvency proceedings have been opened, or
- There are justified concerns regarding the creditworthiness of a party in respect of which no insolvency proceedings have been opened, and that party, upon the Contractor's request, neither makes advance payments nor provides adequate security before the Contractor performs its services, and the other party's poor financial circumstances were not known when the contract was concluded.

14.5 Services already performed and contractual payment claims already incurred shall be settled upon termination of the contract. For services not yet performed, Clause 10.9 shall apply where its conditions are met.

15. Final Provisions / Applicable Law / Jurisdiction

15.1 The parties undertake to have provided all information in the contract conscientiously and truthfully and to notify each other promptly of any changes.

15.2 Amendments and additions to the contract and these GTC must be made in writing. Any waiver of this formal requirement must also be made in writing. There are no oral ancillary agreements.

15.3 All contractual relationships between the Contractor and the Client shall be governed by substantive Austrian law, excluding the conflict-of-law rules of private international law and the United Nations Convention on Contracts for the International Sale of Goods (CISG).

15.4 To the extent legally permissible and unless otherwise agreed contractually, the place of performance shall be the Contractor's registered business address in Wiener Neustadt, Austria.

15.5 This contract shall be governed by substantive Austrian law, excluding the conflict-of-law rules of private international law and the United Nations Convention on Contracts for the International Sale of Goods (CISG). The place of performance shall be the location of the Contractor's professional establishment. The court at the Contractor's business location shall have jurisdiction over disputes.
The parties shall endeavor to resolve any disagreements initially through direct discussion. If this is unsuccessful, they may mutually agree to mediation by registered mediators under the Austrian Civil Law Mediation Act (Zivilrechts-Mediations-Gesetz – ZivMediatG), including online or in English if desired. There is no obligation to pursue out-of-court dispute resolution before initiating court proceedings.
The right to pursue fee claims and other payment claims before a court and to apply for interim injunctions shall remain unaffected in all cases.

15.6 Where these GTC are provided in several languages, the German version shall prevail in the event of differences in interpretation, unless the parties expressly agree otherwise in writing.